



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0686890

P/XIII/2- 3. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

- Seite 1 - 2 Die heutigen Notwendigkeiten 76 Zeilen
Von W.Kellies, MdB., stellvertr. Vorsitzender der SPD
- Seite 2 - 4 Guy Mollet im Angriff 73 Zeilen
"Die französische Rechte ist die dümmste in der
ganzen Welt "
- Seite 5 - 6 Sicherheit für Westeuropa durch US-Raketen ? 71 Zeilen
Sowjets durch Mittelstrecken-Projektile
nicht ernsthaft verwundbar
- Seite 7 Rapacki- und Kennan-Plan sind ein Politikum 40 Zeilen
Von unserem diplomatischen Dr.K.-D.-Mitarbeiter
- Seite 8 - 9 Um den Kauf britischer Jagdflugzeuge 60 Zeilen
Deutsch-britische Verstimmung

* * *

Zur Beachtung: In unserer nächsten Ausgabe beginnen wir mit einer Artikel-Serie (Verfasser MdB. Heinz Kühn) zum Thema "Afrika-Europa/Afrikanische Impressionen". Heinz Kühn hat auf Einladung der französischen Regierung an einer dreiwöchigen Informationsreise durch Westafrika und Äquatorial-Afrika teilgenommen.

* * *

Die heutigen Notwendigkeiten

Von Wilhelm Mellies, MdB

Wenn der Finanzminister und die Bundesregierung im Laufe dieses Monats den Haushaltsplan für 1958 verabschieden, wird es nicht nur darum gehen, die schwierige Finanzlage festzustellen oder bei einzelnen Haushaltsplänen noch gewisse Abstriche vorzunehmen, sondern in dieser Situation muss festgelegt werden, welche Aufgaben in den nächsten vier Jahren die wichtigsten und die dringendsten sind. Wenn man in der Gesamtpolitik weiter, wie das bisher der Fall gewesen ist, in militärischen Überlegungen und Vorstellungen verharret, besteht kein Zweifel, dass der Verteidigungshaushalt das grosse Übergewicht bei allen Haushaltsberatungen in den nächsten Jahren haben wird.

Es geht dabei nicht nur in die Frage, ob diese Politik unter dem Gesichtspunkt der friedlichen Entwicklung in der Welt und der Wiedervereinigung Deutschlands richtig ist, sondern es geht auch um die entscheidende Frage, ob nicht im Interesse einer zukünftigen Entwicklung andere Fragen den Vorrang haben müssten oder mindestens nicht vernachlässigt werden dürften.

In vielen Punkten hat sich die Unzulänglichkeit der durch den zweiten Bundestag verabschiedeten Rentenreform bereits herausgestellt. Neben diesen Verbesserungen harret der Gesundheitsdienst nach der Regelung. Der Rückgang im Wohnungsbau muss wieder beseitigt werden, wenn man ernstlich die Läger räumen und die Elendsquartiere beseitigen will.

Wenn die Kulturhöhe bei den Ländern bleiben soll - und eine sehr breite Mehrheit im Parlament ist dieser Auffassung - müssen sie finanziell die Möglichkeit haben, die Anforderungen auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens zu erfüllen. Leider hat die Sozialdemokratie mit ihren Vorschlägen in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit und im Parlament nicht den notwendigen Widerhall gefunden. Heute mehren sich die Proteste der Universitäten und Studentenverbände. Reporter grosser Zeitungen schildern die oft geradezu unwürdigen Zustände an den Schulen aller Art. Immer grösser wird die Zahl der Mahner, die darauf hinweisen, dass wir, was unser Schul- und Bildungswesen betrifft, in kurzer Zeit zu einem unterentwickelten Gebiet gehören würden, wenn wir nicht die grössten Anstrengungen zum Ausbau unserer Bildungseinrichtungen machten. Müssen erst noch mehr Sputniks uns beweisen, wie entscheidend es auch für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist, dass es bei der rasenden Entwicklung von Wissenschaft und Technik mit an der Spitze bleibt?

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren ungeheure Anstrengungen gemacht, um die Kriegsschäden zu beseitigen und die durch die Bevölkerungszunahme entstandenen Probleme zu bewältigen. Sie sind heute zum grössten Teil am Rande ihrer Finanzkraft. Wenn sie weiter ihren Aufgaben gerecht werden wollen, müssen die Länder in der Lage sein, ihnen mehr Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Einfacher wie bisher sind manche Fragen zu lösen, wenn der Bund sich entschliesst, die Kriegsfolgelasten im grössten Umfange zu übernehmen. Dazu gehört neben dem Wohnungsbau auch der Aufbau der zerstörten öffentlichen Gebäude und der durch den Bevölkerungszuwachs bedingten Ausbau der Schulgebäude. Einige Aufgaben liegen noch bei Ländern und Gemeinden, weil die Bundesrepublik erst 1949 entstand. Verzinsung und Tilgung der durch die Währungsreform entstandenen Ausgleichsforderungen z.B. wäre allein Bundesaufgabe gewesen, wenn die Bundesrepublik damals schon existiert hätte.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, den Anteil der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erhöhen, bzw. den Anteil des Bundes zu kürzen. Ausserdem müssen Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer beteiligt werden, weil sie damit schneller an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden als bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Unerträglich sind die vom Bund für die Länder festgelegten Interessenquoten geworden, wenn es um die Ausschüttung von Geldern für bestimmte Zwecke und Aufgaben geht. Den Ländern entstehen dadurch dauernd neue Lasten, die einfach nicht zu tragen sind. Es gibt genügend Möglichkeiten für den Bund, die sparsame Verwendung der Mittel zu kontrollieren. Die vorgeschriebene Beteiligung der Länder wird in wachsender Masse Verärgerung und Unzufriedenheit hervorrufen. Daran ist aber niemand interessiert, denn es nur um die Sache geht.

Bei solchen Überlegungen und Wertungen wird das Bild der Bundesfinanzen noch dunkler und trüber werden als es ohnehin schon ist. Aber es gibt hier kein Ausweichen. Bei der Bejahung der oben aufgezeigten Notwendigkeiten wird es beim Verteidigungshaushalt Überlegungen geben, ob es bei Prüfung aller Gesichtspunkte notwendig ist, die Aufrüstung in dem vorgesehenen Masse durchzuführen. Zwischen der Regierung und der Opposition wird es in dieser Frage wohl kaum zu einer Verständigung kommen. Bleibt die Frage, ob die Bundesregierung noch andere Möglichkeiten der Rüstungsfinanzierung sieht. Es wird darüber viel geredet und es liegen auch schon zahlreiche Vorschläge vor. Spätestens in seiner Rede bei der Einbringung des Bundeshaushaltes wird der Finanzminister vor dem Parlament und damit vor der gesamten Öffentlichkeit klar und deutlich darlegen müssen, unter welchen politischen Gesichtspunkten die Finanzpolitik in den nächsten vier Jahren getrieben werden soll. + + + - 3 -

Guy Mollet im Angriff

-E-, Paris, Anfang Januar

Der frühere französische Ministerpräsident und Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet, kündigte während der letzten Regierungskrise seine Absicht an, den Wanderstab zu ergreifen und im Lande einen politischen Aufklärungsfeldzug zu unternehmen, um Abrechnung mit der Rechten zu halten, die ihn während seiner Regierungszeit politische Unterstützung gewährte, aber nachträglich heftigste Kritik an der von ihnen unterstützten Politik übte, um den Sozialisten die Verantwortung für die jetzigen Schwierigkeiten aufzubürden. Schon im Oktober erklärte Mollet, "eine wahrhaft nationale Politik ist nur möglich, wenn sie gleichzeitig sozial ist." Diese Bemerkung wurde als Ausdruck der Absicht gedeutet, eine neue Koalition der republikanischen Kräfte der Linken und Rechten zu vereiteln und gleichzeitig durch scharfe Formulierungen gegen die Rechte die von Mollet vertretene Politik vor der eigenen Partei und der Arbeiterschaft zu rechtfertigen.

Mollet hat seine Absicht wahr gemacht. In den letzten Wochen reiste er durch das Land und griff in mehreren Reden die Rechte und das französische Unternehmertum in ausserordentlich scharfer Weise an. Mehrfach erklärte er wörtlich "die französische Rechte und das Unternehmertum sind die Dummsten in der ganzen Welt", ein Satz, der grosses Aufsehen erregte und bei den so Gekennzeichneten heftige Reaktionen hervorrief. Der Vorwurf wurde von ihnen als ungerechtfertigt bezeichnet und darauf verwiesen, dass Frankreich das "Land der fortschrittlichsten Sozialgesetzgebung, einer umfassenden Familien- und Altersgesetzgebung und eines dreiwöchigen bezahlten Jahresurlaubs für alle Arbeitnehmer" sei, so dass man kaum Berechtigung besässe, die französische Rechte und das Unternehmertum als besonders rückschrittlich und reaktionär zu bezeichnen.

Um Mollets Vorwurf zu verstehen, muss man allerdings das politische Leben Frankreichs und den Einfluss betrachten, den die Rechte und das organisierte Unternehmertum auf alle Zweige des staatlichen und politischen Lebens ausüben.

Mollets Vorwurf gilt keineswegs den konservativen Kreisen, die es auch in Frankreich gibt. Er bedauert sogar, dass diese Elemente bisher aussterbende waren, ihre politischen Ideen und Auffassungen innerhalb

einer echten konservativen Partei zur Geltung zu bringen. Der Angriff Mollets gilt jener Rechten, die reaktionär aus Klassen-Interesse ist und ihre Stärke aus der Unwissenheit, den Vorurteilen religiöser oder ideologischer Art, nationalistischer und chauvinistischer Tradition und der Abneigung gegen nichtverstandene Reformen gewisser Wählerschichten zieht.

Dem französischen Unternehmertum wirft Mollet vor, in indirekter Weise, d.h. auf dem Wege über Kräfte, die sich nicht offen zu erkennen geben, ihren Einfluss auszuüben; beispielsweise durch Abgeordnete, die scharfhaft zu verdecken suchen, wer ihre tatsächlichen Auftraggeber sind. Das verschiebe die Verantwortlichkeiten und verhindere Klarheit darüber, wer auf der Rechten tatsächlich bestimmender Faktor sei, nämlich ein Unternehmertum, das zu dem engstirnigsten auf der Welt zähle und sich unfähig erweise, von sich aus Massnahmen zu ergreifen, die Frankreichs Wirtschaft in Einklang mit den Erfordernissen unseres technischen Zeitalters brächten und das Land international konkurrenzfähig machen würden.

Dass die Struktur der französischen Wirtschaft längst überholt und viel zu kostspielig ist, wird anerkannt und von einsichtigen Industrieführern nicht bestritten. Die Zahl der Industrie- und Handelsunternehmen ist viel zu gross, ihre Organisation zu einem erheblichen Teil unzweckmässig, der wirtschaftliche Ertrag vielfach in keinem Verhältnis zum völlig überalterten Apparat. Klagt man in Frankreich allgemein über die hohen Preise, über die Unmöglichkeit, den Export in erforderlichen Mass zu erhöhen, um zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz zu kommen, so liegt in diesem Zustand die Wurzel. Ein verständnisvollere Unternehmertum hätte längst die Konsequenzen aus dieser Lage gezogen. Engstirniger Egoismus bietet jedoch einer Anzahl gutorganisierten und leistungsstarken Betrieben Möglichkeiten zu hohen Gewinnen, die sie auf dem inneren Markt erzielen können, weil sie ihre Preise im wesentlichen jenen der zahlreicheren, leistungsschwachen oder ungenügend leistungsstarken Unternehmen anpassen und dadurch zur Erhaltung von wirtschaftlich längst verurteilten Betrieben beitragen, die volkswirtschaftlich und politische Gefahren bewirken, wie sie gerade jetzt wiederum in Frankreich auftreten.

Mollets Angriff mag von den Betroffenen als hart und wenig elegant empfunden werden; wenn er bei ihnen eine Gewissensforschung bewirkt und zu einer Änderung ihrer Haltung beitragen sollte, könnte er heilsame Folgen zeitigen.

Sicherheit für Westeuropa durch US-Raketen ?

EKO- Die militärische Planung der Amerikaner sieht die Einkreisung der UdSSR durch Abschussbasen für Raketen mit atomaren Sprengköpfen vor. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass die Sowjet-Union jedoch durch die in den nächsten Jahren verfügbaren Weitstreckenprojekte mit einer optimalen Reichweite von 2 500 Kilometer nicht ernsthaft zu bedrohen und schon gar nicht - wie es vielleicht der "Wanderer am Rande des Abgrundes", Mister Dulles, meint - einzuschüchtern ist. Umgekehrt aber - es erscheint durchaus notwendig, die Lage nüchtern zu betrachten - ist der Westen, ist vor allen Dingen Westeuropa durch sowjetische Fernprojekte leicht und in wenigen Minuten in Trümmer und pulverisierte Asche zu legen.

Die "Goldknöpfe" im Pentagon - so werden die General-Bürokraten genannt - denken sich die Einkreisung so: Von Alaska, den Aleuten, von Japan und Südkorea soll die Sowjet-Union im Nordosten durch die "Raketen-Diplomatie" aufgeweicht werden. Im hohen Norden soll Grönland als Sprungbrett dem gleichen Zweck dienen. Die amerikanischen Strategen schliessen weiter die Shetlands, dann Frankreich und "natürlich" die Bundesrepublik Deutschland in ihre Planung ein, wobei es zur Stunde noch offen ist, ob die Bundesrepublik unmittelbar oder "nur" mittelbar an dem Raketenpektakel teilnehmen wird; ob sie also unter der eigenen Regie oder unter amerikanischer Verantwortung Abschussbasen zur Verfügung stellen wird. Für den Effekt unterscheidet sich die eine von der anderen Version nicht. Aber dieser "Effekt" kann uns Deutschen nicht gleichgültig sein. Denn er bedeutet über die Abschussbasen hinaus auch die Stapelung von Kernspaltungs-Kernverschmelzungsbomben, also von Plutonium- und Wasserstoffwaffen, auf westdeutschem Territorium, wobei sich jeder ausmalen mag, wie die Russen zur Sekunde X darauf reagieren müssten.

Das Pentagon meint, dass es weiter von Italien, Zypern, den Bahrain-Inseln (Persischer Golf), von Iran und der Türkei den Raketen-Würgegriff noch enger führen könnte. Er würde ohne Zweifel, wenn das Inferno über die Welt hereinbräche, etwa Moskau und Stalingrad in die Zonen der möglichen Pulverisierung, in Zonen der glasharten, verdörrten Erde verwandeln und das westrussische Industriegebiet treffen. Er würde im Norden und Osten auch die Taiga verwüsten können. Aber er würde die Sowjets dennoch nicht entscheidend treffen, sie nicht tödlich lähmen.

Die ungeheuren Weiten des zentralen Territoriums der UdSSR sind durch Mittelstrecken-Raketen nicht einmal anzukratzen. Eben dorthin haben die Russen längst ihre Rüstungsindustrien verlagert; über dieses Gebiet, das an Grösse Chins kaum nachsteht, verteilen sich die Standorte der geheimnisvollen, lediglich nummerierten Atom-Städte.

Diese makabre Bilanz wird noch um tiefe Schatten schwärzer! Wenn nämlich die Sowjets dem Pentagon ihre Gegenrechnung vor die Nase halten, hat der Westen nicht nur wenig, sondern kaum Aussichten, "noch einmal davonzukommen". Im nördlichen Westrussland, im Kerngebiet um Moskau und in den südlichen Teilen des sowjetischen Westens haben die Agenten des Geheimdienst-Chefs Dulles - er ist der Bruder des Aussenministers - eine Vielzahl von Basen zum Abschuss der Mittelstrecken- und internationalen Raketen festgestellt. Die "Grom" (Donner), der kleine Bruder der "IKRA 103", fliegt mit nicht erheblicher Treffunsicherheit 3 000 Kilometer und die interkontinentale Rakete zumindest 6 000, wenn nicht 8 000 Kilometer. Von Europa würde also nach dem Aclauf weniger Minuten, die der Sekunde X folgten, kaum mehr als verglaste Erde übrigbleiben. Über diese dann nicht mehr zu ändernde Tatsache müssen die Völker des Westens Klarheit gewinnen, und es erscheint sehr fraglich, ob sie dann noch dem "Wanderer am Abgrund" und seinen Satelliten folgen mögen. Die Abschussbasen am sowjetischen Eismeer können Grönland genau so wie Amerika verwüsten, und sämtliche anderen Abschussbasen der Amerikaner sind im gleichen Masse zu zerstören.

Gesetzt den Fall, es gelänge in einem Überraschungsschlag die dergart gekennzeichneten Raketenbasen der Russen zu zerstören, was hätten die Mächte der NATO damit gewonnen? Wir wollen es genau ausdrücken: Kaum etwas!

Es blieben den Russen für ihre Vergeltungsmassnahmen nämlich die in den zentralen sowjetischen Republiken gelegenen Basen erhalten, die kaum durch die Geschwader des strategischen Bomberkommandos zu erreichen sind, selbst, wenn diese Maschinen interkontinentale Reichweite besitzen. Sie fliegen nicht schneller als die SNARK und wenn sie auch in Massen kämen, wären sie dennoch abschliessbar.

So ist die Lage zu Anfang des Jahres 1958. Wie wird sie an seinem Ende sein?

Rapacki- und Kennan-Plan sind ein Politikum

Der Plan des polnischen Aussenministers Rapacki, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone einzurichten und aus den in dieser Zone liegenden Ländern die ausländischen Truppen zurückzuziehen, ist jetzt Gegenstand einer weltweiten Diskussion geworden. Hierbei stellt sich heraus, dass die Gegner des Rapacki-Vorschlages ihre ablehnende Haltung mit ausschliesslich militärischen Argumenten begründen. Sie sagen, ein atomwaffenfreier Raum sei sinnlos, da man ihn ja mit Mittelstreckenraketen oder interkontinentalen Geschossen "ausfüllen" könne.

Dieses Argument zeigt, dass man vielerorts nicht begriffen zu haben scheint, was Rapacki eigentlich erreichen wollte. Auch er ist sich bewusst, dass die Verwirklichung seines Planes nicht die absolute Friedenssicherung in Europa bedeutet. Zahlreiche Informationen aus Warschau deuten vielmehr darauf hin, dass Rapacki mit seinem Vorschlag ein neues Politikum schaffen wollte, dessen Bedeutung weniger in rein Militärisch-Strategischer, als vielmehr in dem Versuch liegt, zunächst einmal eine Zone der politischen Entspannung in Europa zu schaffen. Selbstverständlich kann das Argument nicht von der Hand gewiesen werden, eine solche atomwaffenfreie Zone sei auch vor ferne der Gefahr eines Krieges mit atomaren Waffen ausgesetzt. Aber entscheidend dürfte wohl sein, dass überhaupt erst einmal ein Anfang zur Entwirrung der komplizierten militärischen und politischen Situation in Europa gemacht wird, die in der Gegenwart die unmittelbare militärische Berührung der beiden grossen Gegenspieler in Ost und West in der Mitte Europas zulässt.

Wenn es gelingen würde, die von Rapacki vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone zu schaffen und die ausländischen Truppen aus diesem Gebiet zurückzuziehen, wäre die unmittelbare Berührungsfläche der mutmasslichen Gegner um einige hundert Kilometer auseinandergerückt. Sie könnten sich nicht mehr - bildlich gesprochen - in das Weisse ihrer Augen blicken. Die Zone würde gewissermassen zu einem "entschärften" Gebiet werden und dadurch politisch und militärisch Ausgangspunkt neuer Überlegungen zu weiteren Schritten der Entspannung sein können.

In ähnlichem Sinne hat auch der frühere amerikanische Botschafter in der Sowjetunion, George Kennan, seine Vorschläge entwickelt. Auch bei ihm spielt zwar das Militärische eine grosse Rolle; entscheidend dürfte aber ebenfalls der Versuch sein, das Politikum einer Entspannungszone der Politik des Rüstungswettlaufes an der Schnittfläche des Ost-West-Konfliktes gegenüberzustellen. Gewiss werden Rapacki-Vorschlag und Kennan-Plan noch manche Rückfrage und Diskussion erfordern. Wesentlich dürfte aber sein, dass die politische Substanz bei der Bemühungen zur Entschärfung des Ost-West-Konfliktes die Oberhand erhält.

Um den Kauf britischer Jagdflugzeuge

ler- Die in der Aufstellung befindliche Bundeswehr ist genötigt, den allergrössten Teil ihrer Ausrüstung im befreundeten Ausland zu kaufen da die deutsche Industrie derzeit nicht in der Lage ist, die Erfordernisse der Bundeswehr zu erfüllen. Viele Industrielle, einstmals im Waffengeschäft gross, mächtig und reich geworden, zeigen auch keine Neigung, ihre Betriebe auf Rüstungsproduktion umzustellen. Sie sind gebrannte Kinder. Für das internationale Rüstungskapital ergeben sich grossartige Chancen zu grossartigen Gewinnern. Zwar weiss noch niemand genau, wieviele Milliarden es sein werden, die für Rüstungsankäufe nach Frankreich, England und Amerika fliessen, aber dass es viele Milliarden sein werden, liegt auf der Hand. Insgesamt soll ja die westdeutsche Aufrüstung nach vorläufigen Berechnungen innerhalb von fünf Jahren etwa 70 Milliarden Mark verschlingen, eine Grenze, die eher nach unten als nach oben liegt. Viele ausländische Firmen erhoffen lukrative Aufträge.

Die Ausrüstung der Bundeswehr fällt in die Zuständigkeit des Beschaffungsamtes. Dass dieses Amt nicht immer eine glückliche Hand in Ankäufen bewiesen hat, ist geradezu schon sprichwörtlich geworden. Das neueste Kapitel von Unfähigkeit, mangelnder psychologischer Voraussicht und Fingerspitzengefühl liefert die Verstimmung, die wegen der beabsichtigten Lieferung von englischen Jagdflugzeugen an die Bundeswehr zwischen Bonn und London entstanden ist. Die Briten, die für sich selbst nach der Veröffentlichung des Weisstuches der Regierung die Erstellung von Jagdflugzeugen für ihre eigene Verteidigung im Zuge der Umrüstung nicht mehr für notwendig erachten, hatten guten Grund zu der Annahme, dass ihnen die deutsche Bundeswehr einen Grossteil der noch fälligen Erzeugung von Jagdflugzeugen abnehmen werde. Die britische Flugzeugindustrie erhoffte dies umso mehr, als die britische Regierung ihre Subventionen an diese Industrie inzwischen eingestellt und die dafür ersparten Beträge für Zwecke der Raketenforschung verwendet hat. Unterhändler des Verteidigungsministeriums standen schon seit langer Zeit mit britischen Flugzeuggesellschaften in Verbindung; inwieweit von deutscher Seite aus schon feste Zusagen gemacht wurden, bleibt offen.

Fest steht aber, dass das Verteidigungsministerium von diesen britischen Flugzeugen nun nichts mehr wissen will und seine Vorliebe -9-

für französische und amerikanische Flugzeuge entdeckt hat, die angeblich zu einem früheren Termin geliefert werden können. Darob herrscht grosse Verärgerung, die britischen Zeitungen schreiben von einer unfairen amerikanischen Konkurrenz und einem auf Bonn ausgeübten politischen Druck, sie loben ihre Flugzeuge, die besser seien als die amerikanischen; Bonn wiederum bestreitet dies und zieht sich, von den britischen Beschuldigungen unangenehm berührt, auf die Behauptung zurück, erst Mitte Januar werde über den Ankauf von Flugzeugen endgültig entschieden werden.

Zum Sachlichen wäre dazu zu fragen: Wieweit hat man von deutscher Seite Verhandlungen mit der britischen Seite gepflogen, die sie glauben liess, dass sie mit einem solchen Riesengeschäft zum Zuge kommen kann? Und die zweite Frage: Wieweit werden Waffenkäufe für die Bundeswehr getätigt nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern um politische Gefälligkeiten zu erweisen? Und zum Dritten: Wäre es nicht überhaupt gut, die Ausrüstung der Bundeswehr - da man sich schon zu ihrer Bildung entschlossen hat - so zu gestalten, dass nicht alle wenigen Jahre eine neue Umrüstung notwendig ist? Schon aus finanziellen Gründen kann sich die Bundesrepublik solche Milliarden-Experimente nicht leisten. Wer heute Jagdflugzeuge bestellt, tut es in der Gewissheit, dass sie in zwei drei Jahren völlig überflüssig sein werden.

Die ganze Angelegenheit wirft recht betrübliche Seiten auf unsere Verteidigungsplanung. Der Verteidigungsausschuss als demokratische Kontrollinstanz sollte nicht allzu lange zögern, um dieses Dunkel um Waffenkäufe zu erhellen. Dazu wird es wieder notwendig sein, die damals so gut besähten und auf Druck von vielen CDU-Abgeordneten aufgelösten Unterausschüsse erneut einzusetzen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel